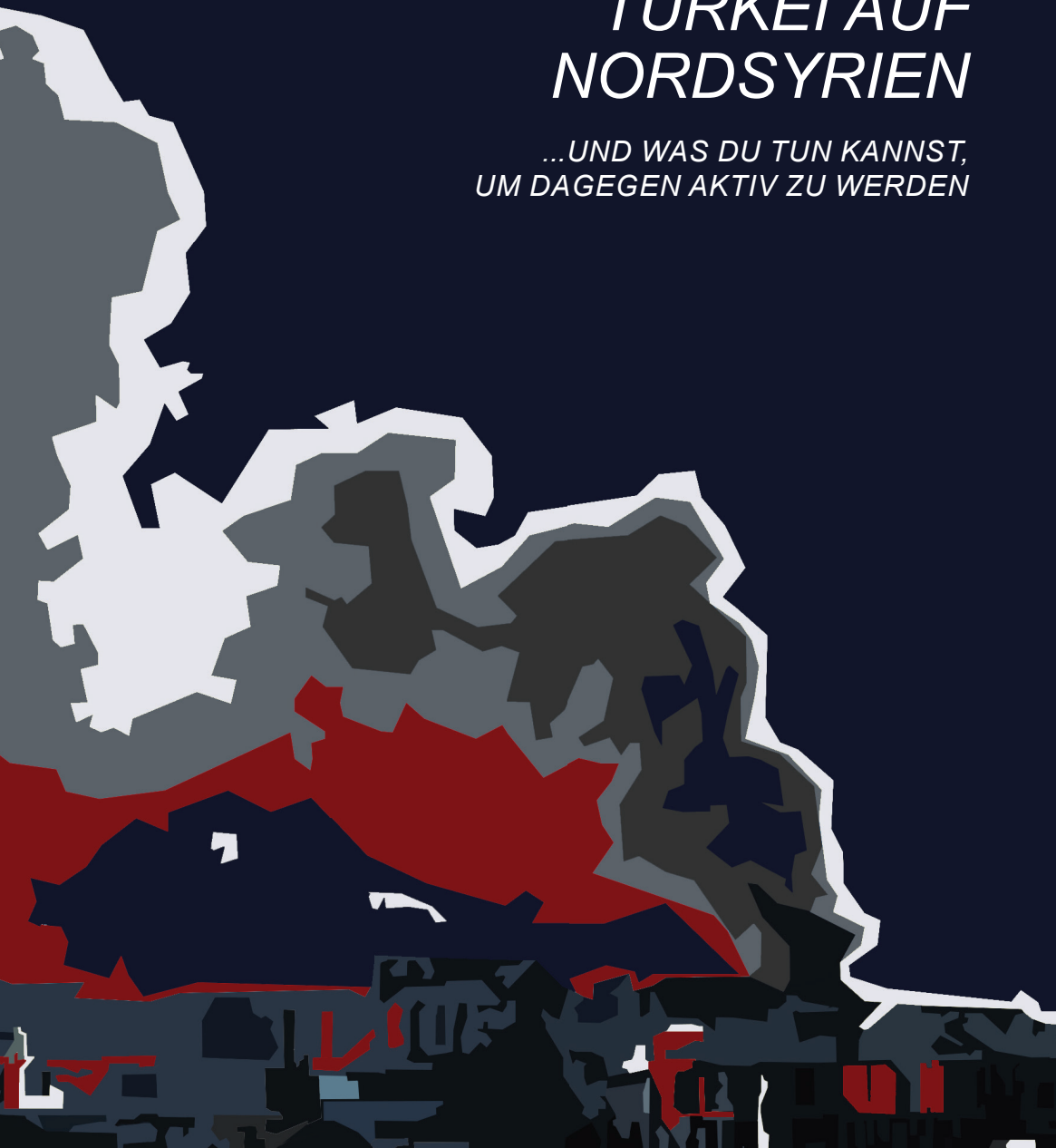
BÜNDNIS ***HAMBURG FÜR ROJAVA*** **I** WINTER 2020

HINTERGRUND ZUM ANGRIFFSKRIEG DER TÜRKEI AUF NORDSYRIEN

...UND WAS DU TUN KANNST, UM DAGEGEN AKTIV ZU WERDEN



HAMBURG
FÜR ROJAVA

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Broschüre solange Eigentum des*der Absender*in, bis sie der*dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Broschüre der*dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem*der Absender*in unter Angabe des Grundes der Nicht-Aushändigung zurückzusenden. Wird die Broschüre nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem*der Absender*in mit dem Grund der Nicht-Aushändigung zurück zu senden.

Die Bedeutung alternativer gesellschaftlicher Projekte jenseits von Staat und Nation ist vor dem Hintergrund sozialer und ökonomischer Krisen weltweit höher denn je. Durch die Akzeptanz der Angriffe auf das demokratische Projekt in Rojava nimmt sich die Menschheit selbst die Möglichkeit eine praktikable Lösung dafür zu finden. Das BÜNDNIS ***HAMBURG FÜR ROJAVA*** *hat sich zum Ziel gesetzt, den Widerstand gegen den türkischen Angriffskrieg und die Verteidigung des basisdemokratischen, feministischen und ökologischen Gesellschaftssystems in Nord-Ost-Syrien auch hier vor Ort zu führen.*

1. AUSGABE I WINTER 2020

https://hamburg-fuer-rojava.de

INHALTSVERZEICHNIS

UNSERE FORDERUNGEN

S. 3

WARUM GREIFT TÜRKEI ROJAVA AN?

S. 7

WIE UND WARUM UNTERSTÜTZT DIE BRD ERDOĞANS (KRIEGS-)POLITIK?

S. 11

WARUM BRAUCHT ROJAVA UNSERE SOLIDARITÄT?

S. 15

WAS SIND DIE MÖGLICHEN FOLGEN DES ANGRIFFSKRIEGS?

S. 25

WEGE AUS DER OHNMACHT:
WAS DU TUN KANNST

S. 29

UNSERE FORDERUNGEN...

WIR FORDERN DIE DEUTSCHE BUNDESREGIERUNG AUF:

1.

In Zusammenarbeit mit der internationalen Gemeinschaft Maßnahmen zu ergreifen, um einen sofortigen Rückzug der türkischen Armee und ihrer Verbündeten aus Nordsyrien, sowie eine politische Lösung in Syrien unter Beteiligung von Frauen -und Volksvertretern aus allen verschiedenen nationalen, kulturellen und religiösen Gemeinschaften zu erwirken.

2.

Die von internationalen Organisationen benannten Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen, welche von der Türkei im Rahmen der Besetzung und Zwangsverwaltung in Afrin sowie in Angriffskriegen auf die Förderation Nord-Ost Syrien begangen wurden und werden, zu untersuchen und rechtlich zu verfolgen sowie Erdogan vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag anzuklagen.

3.

Sich für die Einhaltung und internationalen Schutz des Rückkehrrechts von Geflüchteten und Vertriebenen, die im Zuge türkischer Invasionen in Nordsyrien im Jahr 2018 und 2019 ihre Häuser verlassen mussten und müssen, einzusetzen.

4.

Jegliche militärische und politische Zusammenarbeit

mit der Türkei zu beenden und umfassende, wirksame Wirtschaftssanktionen zu veranlassen.

5.

Eine sofortige und umfassende Demilitarisierung deutscher Industrie, die Aufhebung der Exportwirtschaftsförderung für die deutsche Rüstungsindustrie sowie einen vollständigen und sofortigen Exportstopp von Rüstungsgütern zu veranlassen.

6.

Die Förderation Nord-Ost-Syrien politisch anzuerkennen.

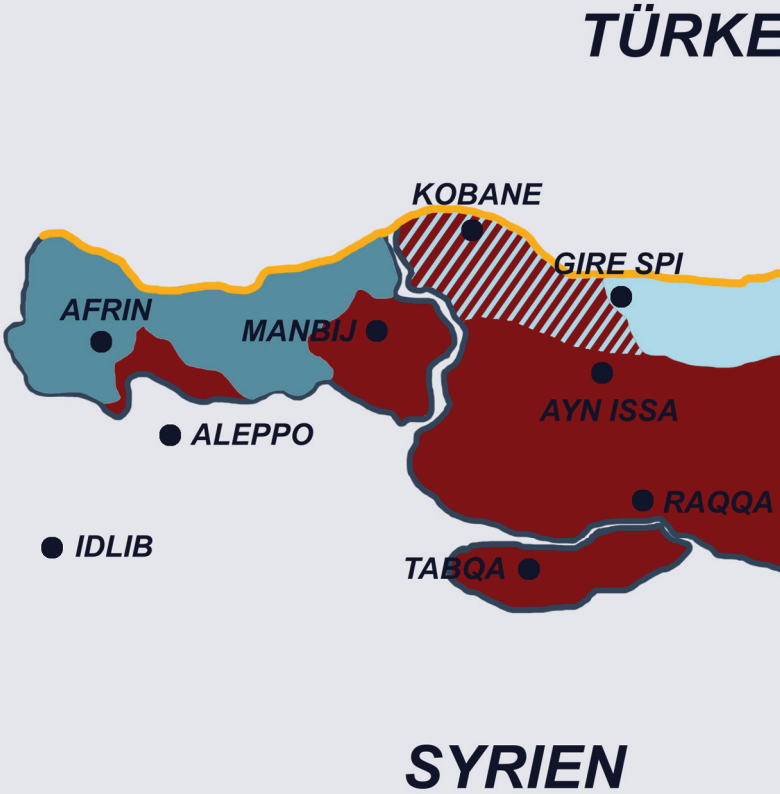
7.

In Zusammenarbeit mit der internationalen Gemeinschaft die sofortige und vollständige Rückholung aller in nordsyrischen Gefängnissen und Camps von der Förderation Nord-Ost-Syrien gefangengehaltener IS-Kämpfer und deren Familien in ihre jeweiligen Herkunftsländer zu veranlassen.

8.

Die Kriminalisierung des politischen Engagements von kurdischen Aktivist*innen in Deutschland einzustellen sowie die Aufhebung des PKK-Verbots einzuleiten.

Ein nachhaltiger Wiederaufbau in der Region und der Schutz des demokratischen Projekts Nord-Ost-Syrien ist nur möglich, wenn die genannten Forderungen durchgesetzt werden.



FÖDERATION NORD-OST-SYRIEN

SEIT 2017 VOM TÜRKISCHEN STAAT BESETZT

VOM TÜKISCHEN STAAT BESETZT

VOM TÜRKISCHEN STAAT GEPLANTE „SICHERHEITSZONE“

5 | LANDKARTE DER FÖDERATION NORD-OST-SYRIEN (STAND DEZEMBER 2019)

GRENZE DER FÖDERATION VOR TÜRKISCHER BESETZUNG

SYRISCH-TÜRKISCHE GRENZE

WARUM GREIFT DIE TÜRKE

7 | ***DER TAKSIM-PLATZ IM ZENTRUM VON ISTANBUL*** / FOTO: BULENT KILIC / AFP

EI ROJAVA AN?

Die türkische Regierungspartei *AKP* (türk. für „Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung“) und deren Vorsitzender *Recep Tayyip Erdoğan* stehen vor großen innenpolitischen Herausforderungen.

Seit den *Protesten um den Gezi-Park* in Istanbul im Sommer 2013 und spätestens dem sog. Putschversuch des türkischen Militärs am 15./16. Juli 2016 schlägt die zunächst wirtschaftsliberale und national-konservative AKP einen zunehmend nationalistischen, autoritären und autokratischen Kurs ein. In der gesamten Zeit seit Juli 2016 gehen die türkischen Behörden willkürlich und mit brutaler Härte gegen Regimekritiker*innen und Oppositionelle vor. Alleine in den ersten Monaten wurden unzählige Menschenrechtsverletzungen durch türkische und internationale NGOs dokumentiert. Im Zuge seiner politischen Säuberungsaktionen ließ Erdoğan tausende Menschenrechtler*innen, Akademiker*innen und Journalist*innen suspendieren und viele von ihnen inhaftieren. Auch gegen Polizeikräfte, Richter*innen sowie Staatsanwält*innen wurde gleichermaßen vorgegangen. An deren Stelle setzte Erdoğan AKP-treue Funktionäre und Mitarbeiter*innen ein, die weitreichende Zensur öffentlicher Medien und hohe Kontrolle über die politische Meinungsbildung,

Legislative und Exekutive ermöglichten. Erdoğan gelang es also mittels eines faktisch 2 Jahre lang andauernden politischen Ausnahmezustands in der Türkei die Gewaltenteilung des Staates aufzuheben und an sich zu reißen. Das wurde mittels der verfassungsändernden Reform zur Einführung des sog. *Präsidialsystems* im Jahr 2018 post factum legalisiert und gesetzlich verankert.

AUSNAHMEZUSTAND IN ZAHLEN

30 NOTSTANDSDEKRETE
MIT INSGESAMT 1.194 PARAGRAFEN VERABSCHIEDET

ES WURDEN

146 STIFTUNGEN

1.427 VEREINE

19 GEWERKSCHAFTEN

148 MEDIENHÄUSER

1.022 UNTERNEHMEN
GESCHLOSSEN UND BESCHLAGNAHMT

5.822 AKADEMIKER*INNEN ENTLASSEN
VON DENEN 386 EINE FRIEDENSPETITION UNTERSCHRIEBEN HATTEN

Zudem befindet sich die Türkei seit 2018 in einer tiefen Wirtschaftskrise, die zur Entwertung der türkischen Lira und hoher Staatsverschuldung führte. Aufgrund nicht absehbarer Entwicklung der wirtschaftlichen Lage hat Erdoğan die für das Jahr 2019 anstehenden Präsidentschaftswahlen auf das Jahr 2018 vorverlegt. Dabei hat sich die AKP auf eine Koalition mit der ultranationalistischen *MHP* (türk. für „Partei der Nationalistischen Bewegung“) eingelassen.

Um den Machterhalt zu sichern wird neben der Diffamierung und Liquidierung oppositioneller Kräfte seitens der Regierung massiv nationalistische und rassistische Stimmung gegen die vor allem im Süd-Osten der Türkei sowie in Nordsyrien lebenden Kurd*innen gemacht. Neben systematischen Bombardierungen kurdischer Gebiete im Nordirak und fortlaufender Assimilierungs-, Vertreibungs- und Umsiedlungspolitik in Süd-Ost-Anatolien, legitimierte Erdoğan mit dem Vorwand der sog. Terrorismus-Bekämpfung im Winter 2018 einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg sowie anschließende Besetzung des hauptsächlich von Kurd*innen bevölkerten nord-syrischen Kantons *Afrin*. Das hat zu Vertreibung und Flucht der Zivilbevölkerung sowie Destabilisierung lokaler basisdemokratischer Strukturen geführt. Durch die Ansiedlung islamistischer Kämpfer, türkeitreuer Milizen und deren Familien in Afrin, wird neben direkter Bedrohung dort verbliebener Kurd*innen auch ein Wieder-

erstarken des IS und weitere Hürden für den Friedensprozess in Syrien in Kauf genommen.

Die rassistischen Mobilisierungen betreffen jedoch nicht nur Kurd*innen, auch gegen syrische Geflüchtete wird massiv und offen u.a. von Erdoğan persönlich gehetzt. Die Türkei nutzt die in Nordsyrien bereits besetzte Region Afrin auch um, mit Zuspruch und Subventionierung der EU, Schutzsuchende aus verschiedenen Teilen Syriens dorthin abzuschieben. Die sogenannte „Sicherheitszone“ - das neue außenpolitische Projekt Erdoğans - soll gezielte Umgestaltung der Demografie und die Zwangsvertreibung kurdischer Bevölkerung weiterhin ermöglichen. Die unter Erdoğan erneut entflammte völkisch-patriotische Politik des türkisch-zentralistischen Nationalstaats sieht keinen Platz für Menschen anderer ethnischer und kultureller Hintergründe vor und nutzt sie zugleich als Feindbild, um den Zustand und die Gründe der sozialen und ökonomischen Krise zu verschleiern.
Die im März 2019 stattgefundenen Kommunalwahlen in der Türkei haben trotz massiver Repression gegenüber Oppositionellen gezeigt, dass die Regierung unter Führung Erdoğans weder unerschütterlich ist noch widerspruchslos hingenommen wird. Doch Erdoğan hält weiterhin an seinem Expansionismus und der nationalistischen Linie fest und hofft damit die Bevölkerung hinter sich zu einen. Mit *„Vision 2023“*, einer politischen Strategie der *AKP-MHP-Regierung*, will er an das historische Erbe Atatürks anknüpfen. Im Jahr 2023 jährt sich das 100. Jubiläum des *Lausanner Vertrags*, demnach die nach Ende des 1. Weltkriegs verhandelten Staatsgrenzen der Türkei neu verhandelt werden könnten. Das Osmanische Reich soll also wieder auferstehen und eine Großmacht im mittleren Osten werden, während den Kurd*innen ihr Existenzrecht wieder einmal abgesprochen wird. Um sich besserer Argumentationsgrundlagen bedienen zu können, will Erdoğan mit dem Angriffskrieg weitere Teile Nordsyriens besetzen und somit auch die seit 100 Jahren andauernde Kolonisierung Kurdistans durch die Türkei aufrechterhalten und ausdehnen.

Einer der ausschlaggebenden Gründe für den aktuellen Angriffskrieg auf Nordsyrien ist die dort seit 2012 bestehende demokratische Selbstverwaltung lokaler Bevölkerung, die auf Prinzipien des multikulturellen, multireligiösen und multiethnischen Zusammenlebens statt Nationalismus basiert Weder innen- noch außenpolitisch lässt sich eine solche Nachbarschaft mit Erdoğans Plänen in Übereinstimmung bringen. Weiterhin setzt die Türkei alles daran, die internationale Anerkennung der Selbstverwaltungsstrukturen und in ihnen vorhandenes Potential zur Demokratisierung Syriens zu verhindern. So konnte mit dem Veto der Türkei die Teilnahme der Vertreter*innen nord-syrischer Selbstverwaltung an der Verfassungskommission für Syrien erst einmal verhindert werden.

11 | ***HEIKO MAAS ZU BESUCH IN ISTANBUL*** / FOTO: MURAT KULA

WIE UND WARUM UNTERSTÜTZT DIE BRD ERDOĞANS (KRIEGS-) POLITIK?

Die BRD und die Türkei verbindet eine weit in die Geschichte zurückgreifende strategische Partnerschaft. Die deutsch-türkischen Beziehungen und die aktuelle Politik hinsichtlich des türkischen Angriffskriegs auf Nordsyrien muss daher im Kontext ihrer Historie betrachtet werden.

Mit der zunehmenden Schrumpfung des Osmanischen Reiches und der Besetzung großer Teile seiner Gebiete durch Frankreich und Großbritannien, sah sich das Osmanische Reich dazu bewegt, seine Beziehung zum deutschen Kaiserreich auszubauen. Gleichermaßen bedeutete eine Partnerschaft mit dem Osmanischen Reich für Deutschland eine Fortsetzung des auch in Europa geführten Wettbewerbs um politische Vorherrschaft. Das Osmanische Reich stellte einen zentralen Teil deutscher Großmachtansprüche sowie der Mittelostpolitik dar. Denn einen Fuß im geostrategisch höchst bedeutenden Mittleren Osten zu haben, bedeutete damals, wie auch heute, einen direkten Zugang zu besseren Transportwegen sowie kapitalistische Ausbeutung und Plünderung der Region. Die Komplizenschaft des Deutschen Kaiserreichs an der Planung und Ausführung des *Genozids an der armenischen Bevölkerung* in den Jahren 1915-1916 hat diese Beziehung wesentlich gestärkt. So hat die jungtürkische Bewegung im 1. Weltkrieg mit dem Deutschen Kaiserreich zusammen an eigenen Fronten gegen Russland gekämpft.

Diese treue Zusammenarbeit hat sich auch für die Zuneigung der Nationalsozialisten qualifizieren können. Im Jahr 1933 begann der *Krupp*-Konzern ein umfangreiches Eisenbahnnetz in der Türkei auszubauen. In den Kriegsjahren hat das NS-Deutschland neben den Wirtschaftsverträgen für den Handel von Chrom und Rüstungsgütern mit der Türkei, auch umfangreichen Einfluss auf zivilem und militärischen Gebiet ausüben können. Der *Völkische Beobachter* war keine Seltenheit an türkischen Universitäten, ebenso die vielen deutschen „Berater“ , die das türkische Staatsapparat durchsetzten, um geostrategische und ideologische Fragen zu beraten.

Nach dem 2. Weltkrieg hat die deutsch-türkische Partnerschaft einen neuen Rahmen erhalten. Beide Länder wurden NATO-Mitglieder, was zugleich die Fortsetzung und Intensivierung militärischer Zusammenarbeit bedeutete. Die BRD leistet im Rahmen bilateraler Abkommen einen wesentlichen Beitrag zur Ausbildung des türkischen Militärs und dem Aufbau der Sicherheitsorgane und militärischer Institutionen in der Türkei. Zudem wurde die Türkei zu einem bedeutenden Absatzmarkt der deutschen Rüstungsindustrie. Zahlreiche Firmen wie *Rheinmetall, Heckler & Koch, Mercedes* und viele weitere exportieren Rüstungsgüter in die Türkei, abgesichert durch die deutsche Exportwirtschaftsförderung (sog. Hermes-Bürgschaft). Um die strengen Exportrichtlinien für die militärischen Güter zu umgehen, verkauft Deutschland mittlerweile auch entsprechendes Know-How in die Türkei. Die kriegstreiberische Politik der Türkei in der Region bedeutet für die deutschen Unternehmen eine Wertsteigerung ihrer Produkte auf internationalem Markt, da sie unter realen Kriegsbedingungen getestet werden können. So waren es deutsche *Leopard-II-Panzer*, die in Afrin gerollt sind. Die BRD war somit damals und bleibt auch heute im Angriffskrieg auf weitere Gebiete Nordsyriens, durch wirtschaftliche Rückendeckung und umfassende Bewaffnung der Türkei, eine direkte Kriegspartei.

Die Waffenexporte sind jedoch nur ein Bruchteil der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der BRD. Die Türkei ist ein bedeutender Absatzmarkt für ca. 6.800 in der Türkei aktiven deutschen Unternehmen. Als billiger Produktionsstandort ist die Türkei besonders attraktiv dafür. Das bedeutet auch einen wesentlichen Einfluss der Folgen wirtschaftlicher Krisen in der Türkei auf die wirtschaftliche Lage in Deutschland. Vor diesem Hintergrund kann das aktive Verhindern der wirtschaftlichen Sanktionen gegenüber der Türkei auf EU-Ebene durch die BRD als einen Schritt verstanden werden, die Profite deutscher Unternehmen einer Friedenspolitik vorzuziehen.Jedoch stellt sich die Frage, inwiefern und wie weit die BRD ihre Beweggründe für das Beharren auf der Zusammenarbeit mit einer Regierung, die wirtschaftliche und soziale Krisen im eigenen Land durch Repressions- und Faschisierungspolitik verstärkt, Krieg gegen die eigenen Staatsbevölkerung führt und mit ihrer Kriegspolitik für

13 | *TÜRK. BOTSCHAFTER IN TEMPELHOF (1942)* / FOTO: HARVARD UNIVERSITY PRESS

weitre Fluchtursachen und Destabilisierung der Region außerhalb ihres Territoriums sorgt, noch rechtfertigen kann. Erdoğan weiß jedoch derweil die Situation zu nutzen und seine Einflussmechanismen auf die EU auszubauen. Mit Tolerierung der deutschen Regierung setzt er den türkischen Geheimdienst MIT ein, um Druck auf kurdische Aktivist*innen in Deutschland auszuüben. Des weiteren nutzt die AKP islamische Vereine wie DITIB dazu, die Staatspropaganda in der türkeistämmigen Diaspora zu verbreiten und sorgt damit u.a. für eine Radikalisierung des türkischen Nationalismus und Islamismus, was die politische Situation in der BRD verschärft. Den dafür geeigneten Nährboden haben auch die deutschen Regierungen selbst mit ihrer über Jahrzehnte andauernden rassistischen und nationalistischen Ausgrenzungspolitik gegenüber Migrant*innen bereitet.

Des Weiteren betreibt Erdoğan eine Erpressungspolitik gegenüber der EU im Hinblick auf den menschenverachtenden EU-Türkei-Deal über Geflüchtete. Er nutzt den zunehmenden Rechtsruck und europäische Abschottungspolitik, um mit Grenzöffnung für Geflüchtete zu drohen, sollten seine Invasion in Nordsyrien und genozidale Absichten beim Namen genannt werden. Im Voraus sorgt er im Rahmen des Angriffskriegs dafür, dass Tausende Zivilist*innen fliehen müssen und die dort von der politischen Selbstverwaltung inhaftierten IS-Kämpfer sowie deren Familien frei kommen. Die EU ist somit gleichermaßen verantwortlich dafür, dass die Errungenschaften der internationalen

„Wenn ihr unsere Operation als Invasion darzustellen versucht, ist unsere Aufgabe einfach: Wir werden die Türen öffnen, und 3,6 Millionen Menschen werden zu euch kommen“

Anti-IS-Koalition in Syrien zusammen mit Syrian Democratic Forces (SDF), deren Teil kurdische Volks- und Frauenverteidigungseinheiten YPG und YPJ sind, mit Füßen getreten werden. Die europäischen Interessen zielen offensichtlich nicht auf die Bekämpfung des Terrorismus, Friedenssicherung und Demokratisierung Syriens ab.

Vielmehr übernimmt die EU, allen voran die BRD, die verdrehte Argumentationsweise Erdoğans, mit der die Selbstverwaltungsstrukturen in Nordsyrien, aber auch kurdische Politiker*innen sowie politisch Verfolgte in Europa mit einem Terrorismus-Stigma belegt und einer massiven Repressionspolitik ausgesetzt werden. Die deutsche Regierung verrät dadurch selbst ihre vermeintlichen demokratischen Grundwerte und ihre rechtliche Grundlage, nämlich das Grundgesetz, wenn die darin garantierten Rechte den politischen Aktivist*innen vorenthalten werden.

WARUM BRAUCHT ROJAVA

ROJAVA BEDEUTET EINE RADIKALE ABSAGE AN NATIONALISTISCHE, PATRIARCHALE, KAPITALISTISCHE UND FUNDAMENTALISTISCHE IDEOLOGIEN...

Rojava (kurd. für Westen) bezeichnet einen in Nordsyrien liegenden Teil Kurdistans. Im Zuge des Zerfalls des Osmanischen Reiches und der Besetzung großer Teile des Mittleren und Nahen Ostens durch Großbritannien und Frankreich (1918) sowie Gründung der Türkei (1923) kam es zu weitgehenden territorial-politischen Veränderungen in Kurdistan. Kurdistan wurde zwischen Iran, Türkei und europäischen Mächten, sowie später Syrien und Irak aufgeteilt. In allen der vier Länder erfuhr der kurdische Teil der Bevölkerung Unterdrückung, Leugnung seiner Existenz, Vertreibung und Gewalt. Diese Zeit kann bezeichnet werden als Geburt der sog. „*kurdischen Frage*“ und markiert den Beginn des Aufstiegs des Nationalismus und institutionalisierter kapitalistischer Ausbeutung der Region durch westliche Staaten im Mittleren Osten.

Der ideologische Vorläufer des türkischen Nationalismus entstand bereits in der späten Periode des Osmanischen Reichs als

A UNSERE SOLIDARITÄT?

STRATION GEGEN DEN TÜRKISCHEN ANGRIFFSKRIEG IN HAMBURG / FOTO: AXEL HEIMKEN

ARMENIER*INNEN BEI EINER GEDENKDEMONSTRATION IN ATHEN / FOTO: YANNIS BEHRAKIS/REUT

Idee des *Turanismus*. Angestrebt wurde eine sog. Wiedervereinigung aller Turkvölker, als Basis wurde ein gemeinsamer Ursprungsmythos konstruiert. Seit der Machtergreifung der türkischen Befreiungsbewegung (1920) wurde im Wesentlichen von Kemal Atatürk die Idee des bürgerlich-völkischen Nationalismus geprägt, die den Turanismus in Teilen einsschloss (*Kemalismus*). Infolgedessen kam es in den späten Jahren des Reichs zum Genozid an den Armenier*innen und in den frühen Jahren der Republik zu ethnischen Säuberungen in Kurdistan sowie dem Verbot kurdischer Identität und Sprache. Heute greifen sowohl die AKP als auch die ultra-nationalistischen MHP auf diese Ideologien zurück, um Kriege gegen die eigene Bevölkerung und Angriffskriege auf die kurdischen Gebiete in Nordirak und Nordsyrien zu legitimieren.

Der arabische Nationalismus entstand als Folge des osmanischen und europäischen Expansionismus in der Region. So wurden mit dem antikolonialen Befreiungsanspruch der arabischen Bevölkerung durch nationale Bewegungen zahlreiche arabische Nationen konstituiert. Der ideologische Charakter des Nationalismus konnte jedoch der realen Situation im Mittleren Osten, seinen vielfältigen Ethnien, Religionen und Kulturen, nicht gerecht werden und führte zur Verbreitung eines menschenfeindlichen Weltbildes und trug zugleich zur Bildung des Nährbodens für fundamentalistische Bewegungen bei. Als Folge der nationalistischen Politik des *Baath-Regimes* wurde die kurdische Bevölkerung in Syrien umfangreicher Ausgrenzung unterworfen. So wurde ihnen die Berechtigung zum Leben in Syrien oder gar ihre Existenz abgesprochen, indem Volkszählung politisch manipuliert (Volkszählung in Dschazira / Cizire, 1962) und ihre Staatsangehörigkeit entzogen wurde. Bürgerrechte somit staatenloser Kurd*innen wurden stark eingeschränkt. So konnten die meisten von ihnen keine Hochschulausbildung genießen und durften sich nicht politisch betätigen.

Der sog. Arabische Frühling, eine internationale Protestwelle gegen die autoritären Regime arabischer Staaten, endete in Syrien im Jahr 2011 in einem Bürgerkrieg, welcher bis heute andauert. Dem Regime Assads, der das politische System in Syrien mittlerweile in eine Autokratie verwandelt hat, gelang es immer weniger Kontrolle über Syrien zu behalten. Den in Nordsyrien politisch organisierten Strukturen, wie der Partei PYD und der syrisch-kurdischen Frauenbewegung Kongra Star, gelang es zu einer weitgehenden demokratischen gesellschaftlichen Organisierung und Stabilität in der Region beizutragen. Seit dem Sommer 2012 werden schrittweise vielfältige gesellschaftliche Organisationen, Kommunen, Räte sowie Frauenorganisationen, die konföderal miteinander verflochten sind, aufgebaut und entwickelt. Zusammen mit den christlichen Assyrieren, der arabischen Bevölkerung und anderen gesellschaftlichen Gruppen in Nordsyrien hat die überwiegend kurdischen Bevölkerung von Nordsyrien, am Rande des Bürgerkriegs, eine regionale autonome Selbstverwaltung auszurufen: Demokratische Föderation Nord-Ost-Syrien. Seitdem wird in Rojava das Gesellschaftsmodell des Demokratischen Konföderalismus erprobt, welches sowohl für den Mittleren Osten ein Vorbild sein kann, als auch weltweit neue Hoffnung und Perspektiven entstehen lässt.

Der Demokratische Konföderalismus muss im Zusammenhang der Neufindung sozialistisch-linker Ideen und Bewegungen seit dem Zusammenbruch des Realsozialismus betrachtet werden. Nach der Niederlage des Realsozialismus gegenüber dem kapitalistischen Liberalismus haben linke Denker*innen und Theoretiker*innen Ideen zu entwickeln versucht, die „*Politik jenseits von Staat, politische Organisation jenseits von Partei und politische Subjektivität jenseits von Klasse*“ (Badiou) ermöglichen sollten. *Der libertäre Kommunalismus* (Murray Bookchin und Janet Biehl), das Konzept der *Multitude* und des *Commonwealth* (Antonio Negri und Micheal Hardt) oder *der Demokratische Konföderalismus* (Abdullah Öcalan) sind Beispiele dieser Versuche.

Der demokratische Konföderalismus betrachtet die Bedeutung von Frauen*befreiung als Voraussetzung für die Befreiung der Gesellschaft überhaupt. Dieses Paradigma basiert auf der kritischen Auseinandersetzung mit der Geschichte der Zivilisation und damit einhergehenden Herrschaftsverhältnissen, von denen das *Patriarchat* – also die Herrschaft des Mannes* über der Frau* – als der grundlegende Widerspruch der Gesellschaft angenommen wird. Die Herausbildung der Ideologie des Patriarchats hätte demnach erst die Entstehung und Festigung weiterer Herrschaftstrukturen ermöglicht (mehr dazu bei „*Jenseits von Staat, Macht und Gewalt*“ von A. Öcalan). Basierend auf dieser Gesellschaftskritik hat die demokratische Bewegung in Nord-Ost-Syrien ein Konzept der gesellschaftlichen Organisation herausgearbeitet, bei dem es parallel zu allen Entscheidungsgremien auch autonome Frauen*räte gibt. Solche Räte werden als notwendig gesehen, da sie Räume jenseits von patriarchaler Herrschaft schaffen und als Voraussetzung für Selbstermächtigung von Frauen* gesehen werden. Ein ähnliches Prinzip der Organisierung gibt es auch in der europäischen (intersektionalen) feministischen Bewegung.

ROJAVA IST EIN ANTIKOLONIALES PROJEKT MIT EMANZIPATORISCHEM CHARAKTER...

Das angestrebte Zusammenleben in der Föderation basiert auf den Prinzipien der direkten Demokratie, ökologischen Nachhaltigkeit, Geschlechtergerechtigkeit und Subsidiarität d.h. einer Selbstverwaltung durch kommunale Basisorganisierung. Die Entscheidungswege für alle sozialen Fragen sind somit dezentralisiert und ermöglichen die Teilhabe aller Menschen, die sie betreffen. Die Selbstverwaltung findet sowohl im praktischen, verwaltungstechnischen Bereich, der institutionell-bürokratische Aufgaben umfasst, als auch im allgemein-gesellschaftlichen und öffentlich-politischen Bereich statt. Die Prinzipien sind in einer Verfassung – dem *Gesellschaftsvertrag von Rojava* – festgehalten. Einem solchen politischen Leitkonzept liegt eine umfassende Staats- und Gesellschaftskritik zugrunde. Demnach bedarf es keines Staats, um die Angelegenheiten einer Gesellschaft zu regeln. Stattdessen sollen Strukturen ausgebaut werden, die Beteiligung aller Individuen an kommunalen und gesamtgesellschaftlichen Fragen und Prozessen ermöglichen. Ein solcher Wandlungsprozess kann asymmetrische Macht- und Herrschaftsverhältnisse in der Gesellschaft aufheben, eine friedliche Bewältigung und Lösung sozialer Konflikte fördern und die gesellschaftlichen Belange gleichberechtigt verhandeln lassen. Zudem können durch die erlangte Selbstermächtigung und Entscheidungsautonomie der Gesellschaft Dekolonisierungsprozesse in Gang gesetzt werden.

*„Wir, die Völker von Rojava in Nordsyrien - Kurd*innen, Araber*innen, Assyrer*innen, Assyrer*innen, Turkmen*innen, Armenier*innen, Tschetschen*innen und Tscherkess*innen, Muslime, Christen, Jesiden sowie Anhänger*innen der verschiedenen Glaubens-richtungen und kleinerer Religionsgemeinschaften – erklären, dass der nationalistische Staat Kurdistan, Mesopotamien und Syrien zum Dreh- und Angelpunkt des Chaos im Nahen Osten gemacht und unseren Völkern schwere Krisen und Leiden gebracht hat.*

Die tyrannische, nationalistische Regierung, die den Völkern in Syrien weiterhin Ungerechtigkeit und Unterdrückung zufügt, hat das Land in einen Zustand der Zerstörung und Verwüstung geführt, die das gesellschaftlichen Gefüges auseinandergerissen haben. Wir sind davon überzeugt, dass ein demokratisches föderа-

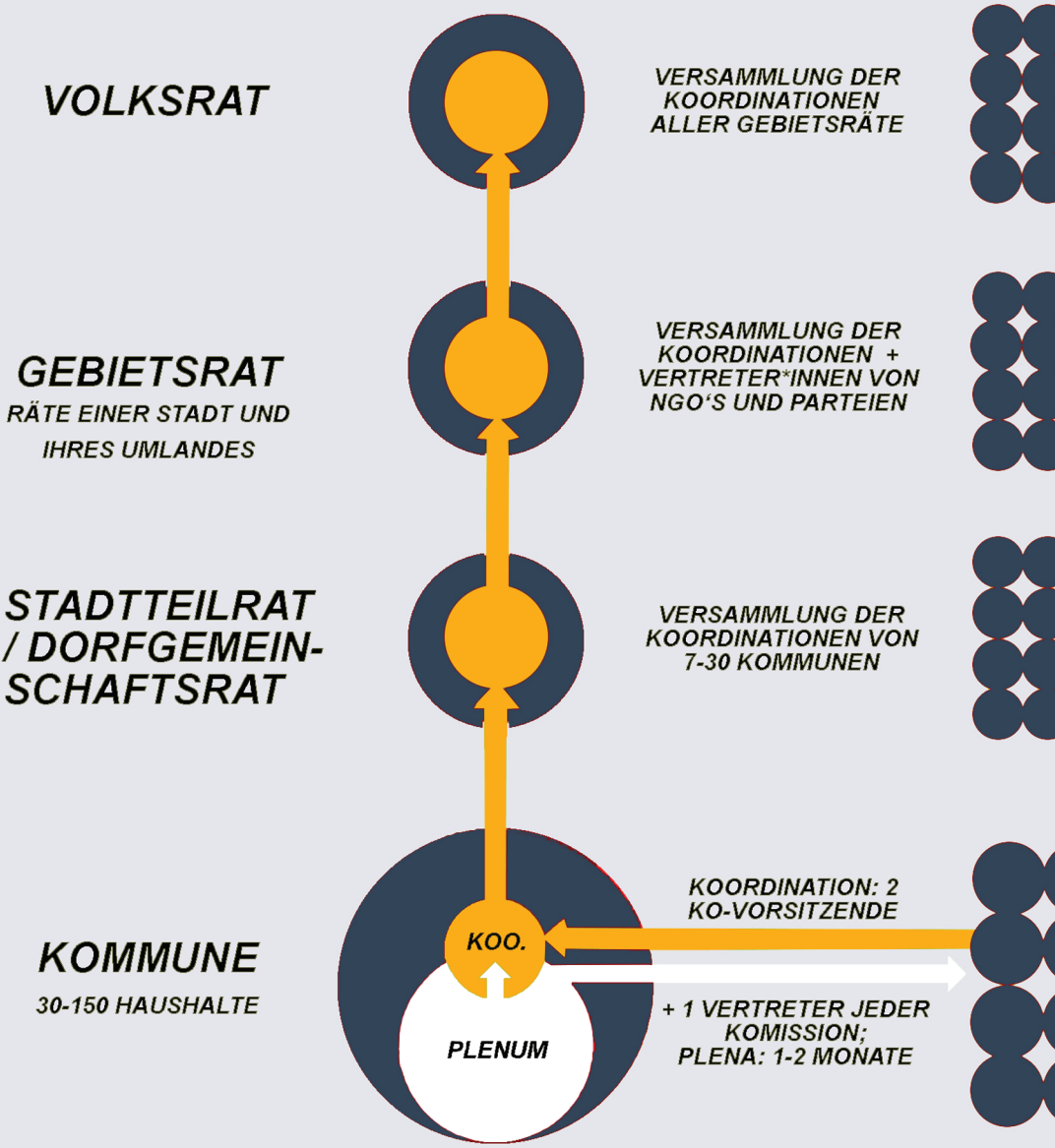
les System die beste Lösung für die Beendigung des Chaos und für die Bewältigung der historischen, sozialen und nationalen Probleme in Syrien darstellt.

Die Demokratische Föderation Nordsyrien beruht auf einem geografischen Konzept sowie administrativer und politischer Dezentralisierung. Sie ist Teil der Vereinigten Demokratischen Föderation Syriens. Die Demokratische Föderation Nordsyrien übernimmt ein konsens-basiertes Regierungssystem, in dem alle Individuen und Gruppen an den Diskussionen und Entscheidungsprozessen gleichberechtigt beteiligt sind. Auf Grundlage der Koexistenz und Geschwisterlichkeit werden in der Föderation alle ethnischen und religiösen Gruppen mit all ihren Charakteristiken respektiert.

In der Föderation besitzen alle Menschen gleiche Rechte und Pflichten. Die Föderation respektiert alle Menschenrechtsverträge und ist bestrebt, den inneren und internationalen Frieden zu fördern.

Im Rahmen des konsens-basierten, demokratischen, föderalen Systems bilden alle Bevölkerungsteile, insbesondere Frauen und Jugendliche, ihre demokratischen Organisationen und Institutionen. Alle politischen, sozialen und kulturellen Aktivitäten sollen frei ausgeübt werden können und jeder Mensch soll ein erfülltes, freies und gleichberechtigtes Leben führen können.

Mit diesem Vertrag stellt die Demokratische Föderation Nordsyrien ihr Regierungssystem auf die Grundlage der moralischen und materiellen Werte der demokratischen Zivilisation des Nahen Osten. Dieser Vertrag wurde mit dem freien Willen aller Bevölkerungsteile Nordsyriens und gemäß den Prinzipien einer demokratischen Nation beschlossen."


VOLKSRAT
VERSAMMLUNG DER KOORDINATIONEN ALLER GEBIETSRÄTE
GEBIETSRAT
RÄTE EINER STADT UND IHRES UMLANDES
VERSAMMLUNG DER KOORDINATIONEN + VERTRETER*INNEN VON NGO'S UND PARTEIEN
STADTTEILRAT / DORFGEMEIN-SCHAFTSRAT
VERSAMMLUNG DER KOORDINATIONEN VON 7-30 KOMMUNEN
KOMMUNE
30-150 HAUSHALTE
KOO.
PLENUM
KOORDINATION: 2 KO-VORSITZENDE
+ 1 VERTRETER JEDER KOMISSION; PLENA: 1-2 MONATE

8 KOMMISSIONEN

(JE 5-10 PERSONEN) FÜR FRAUEN, VERTEIDIGUNG, BILDUNG, GESUNDHEIT USW.; AUF DEN PLENA GEWÄHLT; ÖFFENTLICHE WÖCHENTL. TREFFEN

ROJAVA IST EIN FEMINISTISCHES UND ANTIRASSISTISCHES PROJEKT...

Neben der *Frauenverteidigungseinheiten der YPJ*, die spätestens seit der Befreiung von Kobane vom sog. IS bekannt geworden sind, sind Frauen* auch im zivilen Bereich ein integrativer Bestandteil der gesellschaftlichen Organisation. So existiert - zusätzlich zu separaten autonomen Frauen*strukturen entsprechend dem paradigmatischen Verhätltnis der Frauen*befreiung als Basis für Befreiung der Gesellschaft - in allen gemischten Strukturen der Selbstverwaltung eine Frauenquote von 40% und jeweils ein paritätisch besetzter Vorstand. Das bedingt enorme Brüche mit traditionellen, patriarchalen Unterdrückungsmechanismen durch eine aktive Rolle und öffentliche Präsenz der Frauen bei allen gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen und trägt zu ihrer Emanzipation bei.

Gleichzeitig garantiert die Verfassung ein angemessenes Verhältnis an Vertreter*innen verschiedener ethnischer und religiöser Minderheiten in allen Entscheidungsgremien. Dazu gibt es prozentuale Vorgaben - denn in Nordsyrien leben neben Kurd*innen, Menschen mit arabischer, armenischer, aramäischer, assyrischer, tscherkessischer, turkmenischer und jezidischer Identität. Das Bildungssystem bietet zudem Möglichkeiten zum Unterricht in eigener Muttersprache.

DAS DEMOKRATISCHE PROJEKT IN NORDSYRIEN STREBT EINE EGALITÄRE GESELLSCHAFT AN...

Der Staat basierend auf der Idee der ethnisch-kulturellen Nation und Patriotismus wird als rückschrittlich betrachtet. Der Kritik zugrunde liegt die Annahme, dass die exklusiven Merkmale der Nation eine Voraussetzung für nationalistisches Denken bilden und zur Verschleierung der Ungleichheit und Herrschaftsverhältnisse innerhalb der Gesellschaft führen.

Dem entgegengebracht soll eine inklusive Gesellschaft, die von Vielfalt und geteilten Werten geprägt ist. Entgegen irrtümlicher Annahmen, stellt die Föderation keine nationale oder separatistische Bewegung dar, sondern möchte eine Perspektive auf ein demokratisches Syrien eröffnen, die den vielen dort lebenden Menschen, Ethnien und Kulturen gerecht wird. Diesbezüglich wird seitens der Föderation immer wieder das Gespräch gesucht.

DAS DEMOKRATISHE PROJEKT IN NORDSYRIEN SPIELT EINE SCHLÜSSELROLLE BEI DER TERRITORIALEN UND IDEOLOGISCHEN BEKÄMPFUNG DES IS...

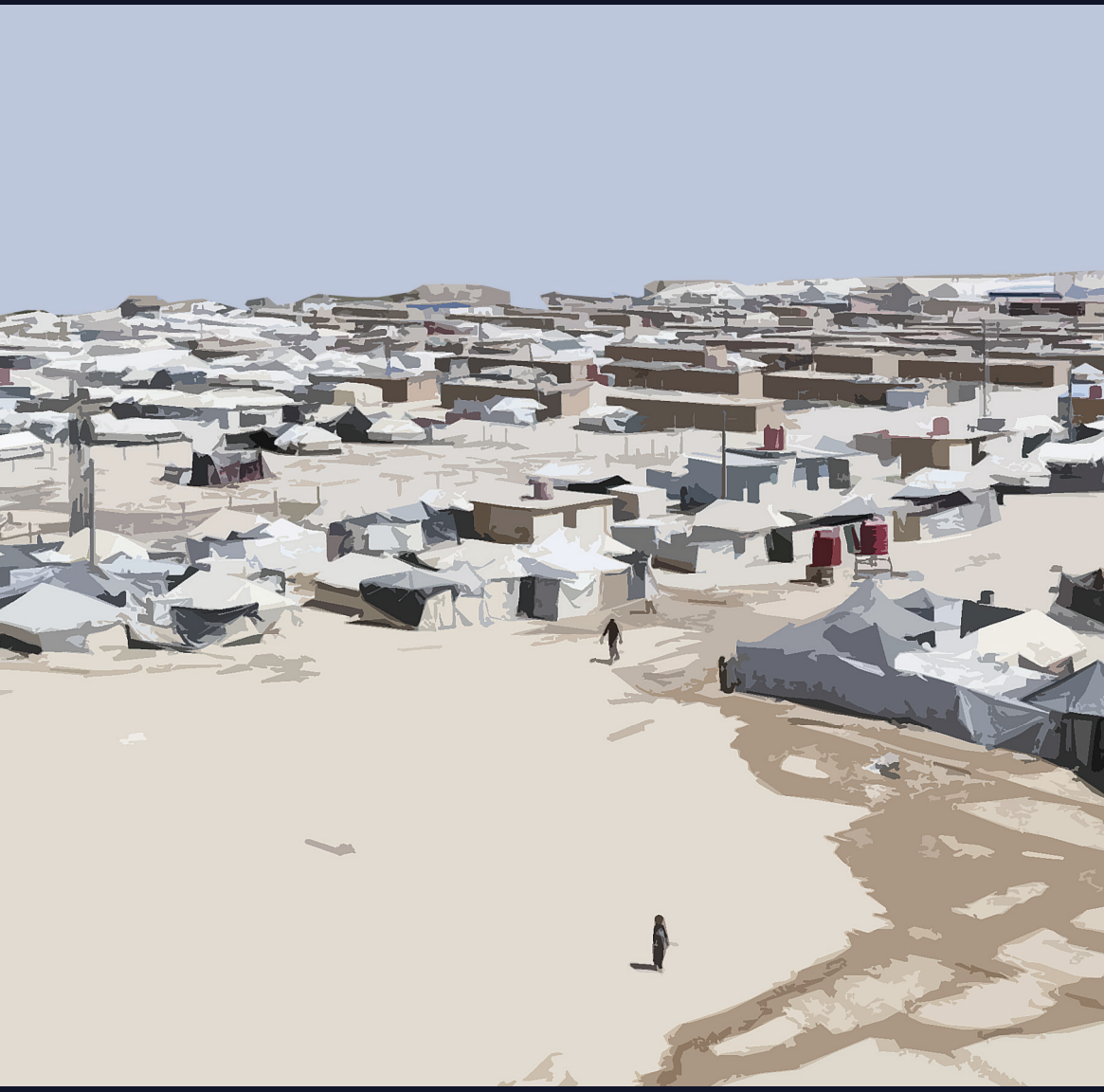
Kurdische *Volks-/Frauenverteidungseinheiten YPG/YPJ* waren als Teil der SDF

GRA

AB EINER IM KAMPF GEGEN DEN IS GEFALLENEN YPJ-KÄMPFERIN / FOTO: NEWSHA TAVAKOLIAN

maßgeblich an der territorialen Befreiung Syriens vom IS beteiligt. Der IS hat jedoch auch eine Ideologie hinterlassen, die weiterhin aufgearbeitet und bekämpft werden muss. Bei einer Rückkehr oder Fortbestand autoritärer Regime und weiterer neo-kolonialer Ausbeutung der Region würde die Situation in Syrien jedoch umso anschlussfähiger an fundamentalistische Bewegungen werden. Dagegen schafft das demokratische Projekt in Rojava gesellschaftliche Voraussetzungen für eine emanzipatorische Praxis, friedliche und demokratische Austragung sozialer Konflikte und eine kritisch-analytische Haltung gegenüber Ideologien und Dogmatismus. Die von kapitalistischen Krisen und politischem Rechtsruck erschütterte Welt befindet sich im Umbruch. Eine Lösung kann nur eine emanzipatorische Praxis bieten. Das demokratische Projekt in Rojava ist ein Teil davon.

WAS SIND DIE MÖGLICHEN
ANGRIFFKRIEGS?



25 | CAMP AL-HAWL - EIN VON DER FÖDERATION EINGERICHTETES CAMP FÜR DIE EHEM. IS-K

FOLGEN DES

ÄMPFER UND IHRE FAMILIEN / FOTO: UNICEF

VERSCHLECHTERUNG DER HUMANITÄREN LAGE

Lokale und internationale Beobachter*innen vor Ort beschreiben eine desaströse und höchst unsichere humanitäre Lage. Trotz des vereinbarten Waffenstillstandsabkommens sind Wohngebiete sowie Teile der zivilen Infrastruktur durch Luftangriffe der Türkei gezielt zerstört worden. Betroffen sind Strukturen der medizinischen, Nahrungs- und Wasserversorgung. Es findet willkürliche Ermordung von Zivilist*innen durch türkeitreue dschihadistische Söldnermilizen statt. Außerdem wird der Türkei vorgeworfen chemische Waffen gegen Zivilist*innen eingesetzt zu haben. Es ist zu befürchten, dass in den von der Türkei eroberten Gebieten weitere Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen begangen werden.

DEMOGRAFISCHE VERÄNDERUNG DER BEVÖLKERUNGSSTRUKTUR

Nach den UN wurden durch den Angriff der Türkei knapp 300.000 Menschen vertrieben. Aktuell leben in Rojava ca. 2 Millionen Menschen (Stand 2018). Sollten die Pläne des türkischen Staates umgesetzt werden, also knapp 3,6 Millionen aus anderen Teilen Syriens stammende Geflüchtete nach Rojava abgeschoben werden, ist zu erwarten, dass die gesamte Region dafür entvölkert werden muss.

SCHAFFEN WEITERER FLUCHTURSACHEN UND MIGRATIONSSTRÖME

Somit wird die lokale Bevölkerung in die Flucht getrieben. Doch es ist ebenfalls damit zu rechnen, dass die dort angesiedelten Menschen nicht in einer Region bleiben werden, die durch den Krieg infrastrukturell sowie sicherheitsmäßig weitgehend destabilisiert ist. In der Hinsicht bleibt Erdogans Vorhaben in jeden Fall ein Nullsummenspiel, das auf Kosten zahlreicher Menschenleben geführt und zur weiteren Abschottung der EU-Grenzen beitragen wird. Insbesondere in Europa, das derzeit rasanten Zuwachs rechtspopulistischer und faschistischer Bewegungen erlebt, werden dadurch bestehende Konflikte befeuert. Der Rechtsterrorismus wird in Europa voraussichtlich zunehmen, weil rechten Stimmen und rassistischem Denken in die Hände gespielt wird.

VERSCHLECHTERUNG DER SITUATION VON FRAUEN* UND MINDERHEITEN

Es ist zu befürchten, dass durch die Zerstörung der in Rojava aufgebauten Strukturen der Selbstverwaltung, worin Frauen* sowie ethnischen und religiösen Minderheiten eine besondere öffentlich-politische Rolle und Schutz zukommt, zu der Verschlechterung der Situation derselben führen wird. Die von Frauenorganisationen als höchst frauenfeindlich beschriebene patriarchale Gesellschaftsordnung in Syrien und der Türkei wird weitgehenden Einfluss auf die Sicherheit von Frauen* in Nordsyrien haben. Zudem ist das potenzielle Wiedererstarken des IS eine Gefahr, die insbesondere für Frauen* und Minderheiten eine existenzielle Bedrohung darstellt. Durch die Destabilisierung der Region wird die konfliktträchtige Situation in Syrien Fortsetzung des Kriegszustands im Land zur Folge haben. Zahlrreiche Studien bestätigen, dass insbesondere die Sicherheit von Frauen* in Kriegssituationen am stärksten gefährdet ist.

Zudem steht der Angriff auf feministische Ideen und Errungenschaften im Zeichen der Angriffe auf das Selbstbestimmungsrecht der Frauen durch rückständige Kräfte weltweit - sei es der Angriff auf die Strukturen der Selbstverwaltung in Rojava, die Zwangsehen minderjähriger Mädchen in der Türkei, das Abtreibungsgesetz in Europa oder die von täglichen Morde an Frauen weltweit.

WIEDERERSTARKEN DES IS

Analyse zahlreicher Dokumentationen über die Unterstützung des IS durch den türkischen Staat lassen vermuten, dass es zahlreiche aktivierbare IS-Schläferzellen gibt, die in einer günstigen Situation wie z.B. türkischer Kontrolle über Nordsyrien zum Wiedererstarken des IS beitragen könnten. Diese Befürchtung hat sich in Ansätzen bereits bestätigt - nach Rojava Information Center haben seit dem 9. Oktober Anschläge der IS-Schläferzellen in nord-syrischen Städten rasant zugenommen. Hinzu kommen die in der Föderation inhaftierten IS-Kämpfer und deren Familien. Aufgrund der unterstützenden Funktion des türkischen Staates gegenüber dem IS ist davon auszugehen, dass kein konsequenter Um-

gang mit den Tätern gefunden würde, sollte das demokratische Projekt in Rojava der türkischen Besetzung weichen. Dies stellt nicht nur für die Zivilbevölkerung in Syrien eine lebensbedrohliche Situation dar, sondern hätte auch für die gesamte Welt schwerwiegende Folgen.
Weitere militärische Einsätze in bedrohten Regionen, konkrete Gefahr des Terrorismus weltweit und umfassender Ausbau der Überwachungsapparate europäischer Staaten sind nur einige davon.

RÜCKKEHR UND FORTBESTAND AUTORITÄRER REGIME

Vom aktuellen Angriffskrieg in Syrien profitieren vor allem höchst autokratische, autoritäre und militaristische Regime wie die von Erdogan, Chamenei, Assad und Putin. Durch den Rückzug der USA, sowie weitgehendes Fernbleiben der EU aus dem Konflikt, entsteht eine neue multipolare Weltordnung, die zur Folge haben wird, dass immer mehr rückständige politische Kräfte Bestätigung der internationalen Gemeinschaft finden und die Schicksale der Weltgemeinschaft bestimmen werden. Das wird zwangsläufig weiteren Widerstand der unterdrückt gehaltener Bevölkerung sowie der Menschenrechtsverletzungen seitens der Regime verursachen.

Fortbestand durch die Regime geduldeter kapitalistischer und neo-kolonialer Ausbeutung der Region würde die Situation in Syrien politisch und ökonomisch weiter destabilisieren und sie umso anschlussfähiger an fundamentalistische Ideen und Bewegungen machen.

WELTWEITES ERSTARKEN DES FASCHISMUS

Im Zusammenhang mit der Stabilisierung autoritärer Regime muss insbesondere darauf hingewiesen werden, dass in einer Welt, in der selbst vermeintlich demokratische Staaten nicht in der Lage sind völkerrechtswidrige Kriegseinsätze mit Widerspruch zu begegnen, da dem wirtschaftlichen Wachstum und der Profitgier globaler Konzerne gegenüber fundamentaler Menschenrechte und Menschenleben mehr Relevanz zugesprochen wird, der Faschismus immer mehr Bestätigung finden wird. Alleine am Beispiel der Zusammenarbeit der BRD mit der Türkei wird das deutlich. Die Rückwirkung einer solchen Kooperation äußert sich auch in der Bürger- und Menschenrechtssituation in Deutschland und Europa, indem Meinungsfreiheit eingeschränkt wird, staatliche Überwachungsapparate weiter ausgebaut werden, Polizei uneingeschränkte Befugnisse erhält, emanzipatorischen Bewegungen mit zunehmender Repression begegnet wird und Schutzsuchende an Europas Grenzen sterben gelassen oder in Kriegsgebiete abgeschoben werden.

EINE UTOPIE WENIGER

Die Bedeutung alternativer gesellschaftlicher Projekte jenseits von Staat und Nation ist vor dem Hintergrund sozialer und ökonomischer Krisen weltweit höher denn je. **Durch die Akzeptanz der Angriffe auf das demokratische Projekt in Rojava nimmt sich die Menschheit selbst die Möglichkeit eine praktikable Lösung dafür zu finden.**

WEGE AUS DER OHNMACHT. **WAS DU TUN KANNST.**

*Vielleicht fragst du dich jetzt, was du tun kannst, um die Menschen in Nordsyrien zu unterstützen. Wir möchten dir im Folgenden unterschiedliche Optionen aufzeigen. Wir legen dabei jedoch keinen Wert auf Vollständigkeit. Diese Ideen sollen vielmehr als Anregungen dienen. Wichtig hierbei ist: Jede*r hat unterschiedliche Kapazitäten und Fähigkeiten und das ist auch okay! Sei dir deiner Grenzen bewusst, und achte darauf, was und wie viel du leisten kannst.*

1. UNTERSTÜTZE ODER SCHAFFE LOKALE STRUKTUREN

In vielen Städten gibt es bereits Menschen und Strukturen, die Öffentlichkeitsarbeit durchführen, sowie Demos, Kundgebungen oder andere Veranstaltungen organisieren (In Hamburg u.a. das Bündnis „Hamburg für Rojava“). Damit diese auch nachhaltig und langfristig aufrechterhalten werden können, bedarf es Menschen, die sich aktiv einbringen und Aufgaben übernehmen. Schließe dich an! Du kannst auch an Plena von Gruppen in deiner Gegend teilnehmen und mit ihnen Ideen erarbeiten, um lokale Öffentlichkeitsarbeit zu leisten und langfristige Unterstützungsstrukturen aufzubauen.

2. DEMONSTRATIONEN

In Hamburg und vielen anderen Städten finden regelmäßig Demonstrationen statt, die du auf verschiedene Weise unterstützen kannst: Sei Ordner*in, verteile während einer Demo Flyer an Passant*innen oder hilf vorab bei der Mobilisierung, indem du deinen Freund*innen und Bekannten davon erzählst und Veranstaltungen auf sozialen Medien teilst. Du kannst auch Plakate und Transparente basteln/malen und diese mitbringen und an Teilnehmer*innen vor Ort bzw. Demo Organisator*innen geben, die diese dann für dich verteilen.

3. ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Neben Demos können auch andere Veranstaltungen genutzt werden, um Öffentlichkeit zu schaffen. Infoabende, in denen Filme gezeigt oder Vorträge gehalten werden, können helfen, um mehr Menschen über die Situation vor Ort aufzuklären. Du kannst auch im Internet Plakate und/oder Flyer bestellen und in deiner Stadt verteilen, um Aufmerksamkeit und Bewusstsein für dieses Thema zu schaffen.

4. SOLI-VERANSTALTUNGEN

Du kannst auch Parties oder Konzerte veranstalten, um beispielsweise Spendengelder zu sammeln, die den Menschen direkt vor Ort zu Gute kommen. Möglichkeiten, um Geldspenden loszuwerden findest du unter Punkt 10 „Spenden“.

ST

ÖRUNG DER RHEINMETALL-AKTIONÄRSVERSAMMLUNG IN BERLIN / RHEINMETALL ENTWAFFNEN

5. EIGENSTÄNDIGE RECHERCHE UND ANALYSE

Es ist wichtig, neben der eigenen Recherche eine eigenständige, umfassende und kritische Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Widersprüchen, dem demokratischen Projekt der Föderation Nord-Ost-Syrien und der deutsch-türkischen Partnerschaft zu entwickeln Die Durchführung von Forschungs- und Schulprojekten, Organisierung von Konferenzen und die Veröffentlichung diesbezüglicher Literatur kann helfen, die Grundlage für eine selbstbestimmte Intervention in öffentliche Diskurse zu schaffen.

6. SOLIDARITÄT MIT DER KURDISCHEN BEWEGUNG

Kurdische Aktivist*innen sind von alltäglicher Repression betroffen. Verbote von kurdischen Veranstaltungen, Verlagen und Symbolen sind neben der Aushebelung des Versammlungsrechts tiefgehende Einschnitte in demokratische Grundrechte. Zeig Verständnis und Empathie für die Akte des zivilen Ungehorsams der kurdischen Community und beteilige dich daran.

7. SCHUTZ DER MENSCHENRECHTE

Beteilige dich an der Organisation und Durchführung von Menschenrechtsbeobachtungen in der Türkei und Nordsyrien. Es ist notwendig, eine große internationale Öffentlichkeit zu schaffen, um Druck auf die türkische Regierung aufzubauen sowie rechtliche Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen zu ermöglichen.

8. EINE STARKE ANTI-KRIEGS-BEWEGUNG

Beteilige dich am Aufbau breiter und handlungsfähiger zivilgesellschaftlicher Bündnisse, die schnell und effektiv den gesamtgesellschaftlichen Unmut über deutsche Waffenexporte und die Zusammenarbeit mit kriegstreiberischen Regierungen auf die Straße tragen können.

9. ZIVILER UNGEHORSAM

Das Konzept des zivilen Ungehorsams stellt den bewussten Verstoß gegen geltende Gesetze, Regeln oder Normen dar, um öffentlich Ungerechtigkeiten zu thematisieren und Widerstand zu leisten fernab dessen, was der Staat als legitimen Protest festlegt. Formen des zivilen Ungehorsams sind vielfältig. Sie sind nicht nur ein wirksames Mittel der Zivilgesellschaft, um öffentlichkeitswirksam Widerstand gegen die Willkür des Staates und gesetzlich legitimierte Ungerechtigkeiten zu leisten, sondern auch notwendig, um Grundrechte wie Meinungsfreiheit zu garantieren und aufrecht zu erhalten. Sie begründen sich in dem Bewusstsein, dass das eigene moralische Empfinden und damit das Erkennen von Unrecht über dem Befolgen von Regeln und Gesetzen steht. Informiere dich über mögliche Aktionsformen und beteilige dich an deren Planung und Durchführung. Beachte dabei, dass die Kriminalisierung von Aktivist*innen bei solchen Aktionen besonders stark sein kann und sorge im Vorfeld und danach für aktivistischen Selbst- und Kollektivschutz. Auf den Internetseiten des hamburger „Legal Teams“ bzw. EA (Ermittlungsausschuss) und der roten Hilfe findest du hilfreiche Informationen:

https://eahh.noblogs.org/
https://rotehilfehamburg.systemausfall.org/

10. SPENDEN

Für Spendenquittungen bitte den Namen/Organisation und Adresse in den Verwendungszweck dazu schreiben!

KURDISTAN HILFE E. V.
DE40 2005 0550 1049 2227 04
HASPDEHHXXX
HAMBURGER SPARKASSE

VERWENDUNGSZWECK 1
(zur Unterstützung der Selbstverwaltungstrukturen in Nordsyrien):
SOLIDARITÄT MIT ROJAVA

VERWENDUNGSZWECK 2
(zur** Unterstützung Hamburger Strukturen, die gegen den Krieg in Nordsyrien aktiv sind):**
HAMBURG FÜR ROJAVA

BEITRITTSERKLÄRUNG

Zutreffendes ankreuzen und bitte in Großbuchstaben ausfüllen!

☐ Ich erkläre meinen Beitritt zur Roten Hilfe e.V.

☐ Ich bin an aktiver Mitarbeit interessiert

☐ Ich möchte den E-Mail-Newsletter der Roten Hilfe beziehen, der aktuell über Repression berichtet

☐ Ich zahle per Dauerauftrag auf das Konto der Roten Hilfe e.V. mit dem Betreff „Mitgliedsbeitrag“

☐ Der Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V. wird, jederzeit widerruflich, ermächtigt, die Beitragszahlungen für das (Neu-)Mitglied von dem nebenstehend angegebenen Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich wird das genannte Kreditinstitut angewiesen, die von der Roten Hilfe e.V. auf das Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Innerhalb von acht Wochen, beginnend ab dem Belastungsdatum, kann die/der KontoinhaberIn die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem angegebenen Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Eventuell verursachte Rücklastgebühren (Rückbuchungen z. B. bei ungedecktem Konto) gehen zu Lasten der/des KontoinhaberIn und können ebenfalls von dem genannten Konto abgebucht werden.

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE49ZZZ00000318799
Mandatsreferenznummer: Wird separat mitgeteilt

Vorname / Name Neumitglied

Straße / Hausnummer

Postleitzahl / Wohnort

Telefonnummer

E-Mail

Name und Sitz des Kreditinstituts

BIC

IBAN

Datum / Unterschrift Neumitglied

Ich zahle einen **Mitgliedsbeitrag** von

☐ jährlich 90 Euro
anderer Betrag _____ Euro

☐ halbjährlich 45 Euro
anderer Betrag _____ Euro

☐ vierteljährlich 22,50 Euro
anderer Betrag _____ Euro

☐ monatlich 7,50 Euro
anderer Betrag _____ Euro

Ich zahle einen **Solibeitrag** von

☐ jährlich 120 Euro
anderer Betrag _____ Euro

☐ monatlich 10 Euro
anderer Betrag _____ Euro

Der Mindestbeitrag beträgt 7,50 Euro monatlich. Der ermäßigte Mindesbeitrag für SchülerInnen, Erwerbslose usw. beträgt 5 Euro monatlich. Empfohlen wird ein Solibeitrag von 10 Euro monatlich bzw. 120 Euro jährlich.

IHR MÖCHTET ZUSAMMEN MIT HAMBURG FÜR ROJAVA EINE VERANSTALTUNG ORGANISIEREN?

Wir denken, dass es wichtig ist neben der eigenen Recherche eine eigenständige, umfassende und kritische Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Widersprüchen zu entwickeln, um gemeinsame und emanzipatorische Perspektiven für ein Zusammenleben zu entwickeln. Ein wichtiger Teil unserer Arbeit ist somit Organisation von Diskussionen, Info-Veranstaltungen und Workshops sowie Vermittlung von Referent*innen.

Du hast Lust mit uns gemeinsam eine Veranstaltung durchzuführen, aber bisher noch keine eigene Veranstaltung organisiert?

Oder bist dir vielleicht dabei unsicher, was du alles berücksichtigen musst?

Wir helfen gerne bei der Konzeption, Planung, Bewerbung und Durchführung von Veranstaltungen und/oder beteiligen uns als Referent*innen bei euren Veranstaltungen.Eine mögliche Themenauswahl können wir gemeinsam auf Anfrage besprechen.

Bitte nehmt einfach Kontakt zu uns auf:

kontakt@hamburg-fuer-rojava.de

BÜNDNIS ***HAMBURG FÜR ROJAVA***

https://hamburg-fuer-rojava.de

WEITERFÜHRENDES

ANF NEWS
Nachrichtenagentur
https://anfdeutsch.com

CIVAKA AZAD
Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit
https://civaka-azad.org

ISKU
Informationsstelle Kurdistan
https://isku.blackblogs.org

KURDISTAN REPORT
Zeitschrift. Für ein freies Kurdistan.
https://www.kurdistan-report.de/

RECHTSHILFE

ROTE HILFE E. V.
https://rotehilfehamburg.systemausfall.org/

EA HAMBURG
Ermittlungsausschuss Hamburg
https://eahh.noblogs.org/

AZADI E. V.
Rechtshilfefond
https://www.nadir.org/nadir/initiativ/azadi/

HUMANITÄRE HILFE

KURDISTANHILFE E. V.
https://kurdistanhilfe.de

HEYVA SOR A KURD
Kurdischer Roter Halbmond
https://www.heyvasor.com

MEDICO INT.
https://www.medico.de/

KAMPAGNEN UND PROJEKTE

KAMPAGNE ***TATORT KURDISTAN***
https://tatortkurdistan.noblogs.org

KAMPAGNE ***RISE UP FOR ROJAVA***
https://riseup4rojava.org

KAMPAGNE ***WOMEN DEFEND ROJAVA***
https://womendefendrojava.net

KAMPAGNE ***GEMEINSAM KÄMPFEN***
https://gemeinsamkaempfen.blogsport.eu/

KAMPAGNE ***GEDENKEN AN HALIM DENER***
https://halimdener.blogsport.eu/

KAMPAGNE ***PKK-VERBOT AUFHEBEN***
https://pkk-verbot-aufheben.blackblogs.org

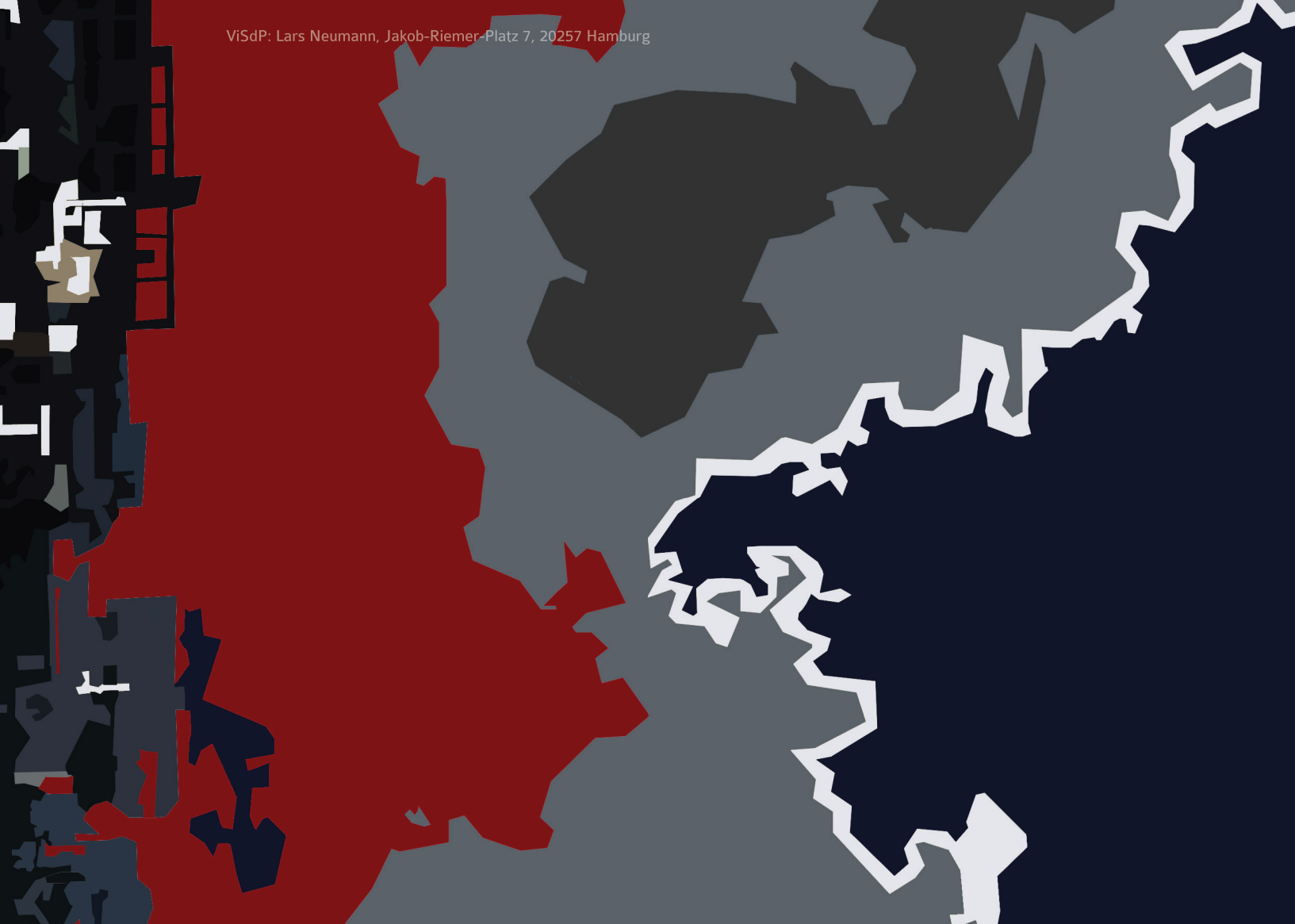
KAMPAGNE ***RHEINMETALL ENTWAFFNEN***
https://rheinmetallentwaffnen.noblogs.org

KAMPAGNE ***MAKE ROJAVA GREEN AGAIN***
https://makerojavagreenagain.org

PROJEKT ***AVAHI SOLIDARITY CONSTRUCTION***
https://avahi.noblogs.org/en

DAS FRAUENDORF JINWAR IN ROJAVA
https://jinwar.org

INTERNATIONALISTISCHE KOMMUNE IN ROJAVA
https://internationalistcommune.com


ViSdP: Lars Neumann, Jakob-Riemer-Platz 7, 20257 Hamburg